

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen), Rainer Steenblock, Gila Altmann (Aurich), Kristin Heyne und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996**  
**– Drucksachen 13/2000 Anlage, 13/2593, 13/2612, 13/2626, 13/2627, 13/2630 –**

**hier: Einzelplan 12**

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 12 10 – Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) – wird in Titel 111 03 – Straßenbenutzungsgebühren für Lastkraftwagen – die Erweiterung des Haushaltsvermerks „Mehreinnahmen bis zur Höhe von 100 000 TDM dienen zur Verstärkung der Ausgaben bei Titel 741 11.“ gestrichen.

Folgende Titel in Kapitel 12 10 – Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) – Titelgruppe 01 – Aufwendungen für den Straßenbauplan – werden gekürzt:

- Titel 741 11 – Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau einschl. Lärmschutzmaßnahmen (Bundesautobahnen) – in Höhe von 1 999 150 TDM (sowie Kürzung der Verpflichtungsermächtigungen um 1 900 000 TDM);
- Titel 741 21 – Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau einschl. Lärmschutzmaßnahmen (Bundesstraßen) – Kürzung um 1 099 150 TDM (sowie Kürzung der Verpflichtungsermächtigungen um 1 200 000 TDM);
- Titel 821 11 – Grunderwerb (Bundesautobahnen) – Kürzung um 80 000 TDM;
- Titel 821 21 – Grunderwerb (Bundesstraßen) – Kürzung um 85 000 TDM;
- Titel 822 12 – Erwerb privatfinanzierter Bundesautobahnabschnitte – Streichung der Verpflichtungsermächtigungen für alle Projekte, für die noch keine Verträge vorliegen;
- Titel 822 22 – Erwerb privatfinanzierter Bundesstraßenabschnitte – Streichung der Verpflichtungsermächtigungen für alle Projekte, für die noch keine Verträge vorliegen.

Folgender Titel wird erhöht:

Kapitel 12 22 – Eisenbahnen des Bundes – Titel 861 01 – Darlehen für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes – um 2 250 000 TDM.

Folgender Titel wird neu eingefügt:

Kapitel 12 22 – Eisenbahnen des Bundes – Titel – Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes – in Höhe von 200 000 TDM.

Die geforderten Streichungen bzw. Aufstockungen führen zu einer Verlagerung der Investitionen aus dem Straßenbereich zum Ausbau der Schiene.

Bonn, den 7. November 1995

**Albert Schmidt (Hitzhofen)**

**Rainder Steenblock**

**Gila Altmann (Aurich)**

**Kristin Heyne**

**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

## **Begründung**

Eine verkehrspolitische Wende ist angesichts des Umwelt- und Klimaschutzes dringend erforderlich. Dazu ist es unerlässlich, über Verbalaussagen hinaus konkrete Umschichtungen von Haushaltsmitteln vorzunehmen. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Kürzung der Investitionsmittel um nur 0,1 Mrd. DM bei der Straße im Gegensatz zu 2,2 Mrd. DM bei der Schiene ist ein Rückschritt in eine längst überwunden geglaubte Straßenvorrangpolitik, mit dem die früheren Aussagen der Bundesregierung, endlich die Schiene vorrangig fördern zu wollen, völlig ad absurdum geführt werden. Notwendig sind um so mehr strikte Einsparungen im Straßenbereich, insbesondere der Verzicht auf den sechsspurigen Ausbau der Bundesautobahnen und der völlige Verzicht auf neue Autobahnprojekte wie Thüringer-Wald-Autobahn (A 71/73) und Ostseeautobahn (A 20). Insgesamt schlägt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drastische Einsparmaßnahmen im Straßenbereich um ca. 3 Mrd. DM vor.

Im Gegenzug soll ein großer Teil der bei der Straße eingesparten Finanzmittel der Schiene zugute kommen. Die im Rahmen des Haushalts 1996 im Verkehrsbereich notwendigen Einsparungen dürfen nicht die Investitionsmittel für die Schiene betreffen, d. h. der Stand von 1995 (9,75 Mrd. DM) muß mindestens gehalten werden. Die Schiene ist seit Jahrzehnten massiv zu kurz gekommen und hat erheblichen Nachholbedarf. Über die Investitionen im Schienenbereich hinaus fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, endlich auch für Lärmschutzmaßnahmen an bestehen-

den Schienenwegen Finanzmittel bereitzustellen: Was an Bundesfernstraßen seit Jahrzehnten ganz selbstverständlich erfolgt, muß auch bei der Schiene möglich sein!

Die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderten Einsparungen im Einzelplan 12 werden zur Finanzierung der zusätzlich geforderten Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik im Einzelplan 11 Kapitel 11 12 bzw. zur Konsolidierung des Bundeshaushalts eingesetzt.

